

Konjunkturpaket II: Freie Träger wollen die Stadt verklagen

von [Andreas Lukesch](#)

Die Stadt will das Geld für sich behalten. Nicht-städtische Einrichtungen fühlen sich benachteiligt und wollen sich mit der Abfuhr aus dem Rathaus nicht abfinden.



Das Hauptgebäude der Troxler Schule – die Villa – stammt aus dem Jahr 1928 und soll erneuert sowie erweitert werden. Bei der notwendigen Wärmedämmung setzt die Schule auf Mittel aus dem Konjunkturpaket II.

Doch die Stadt hat entschieden, mit dem Geld vom Bund nur städtische Schulen zu berücksichtigen. (Foto: Andreas Fischer)

Wuppertal. Der Antrag der Wuppertaler Christian-Morgenstern-Schule kommt im Vergleich noch eher bescheiden daher. 41.000 Euro möchte die Einrichtung unter freier Trägerschaft aus dem Konjunkturpaket II haben, um damit die mehr als 30 Jahre alten, inzwischen völlig undichten Fenster zu erneuern. „Damit erfüllen wir sämtliche Vorgaben des Bundes, nach denen vor allem energetische Maßnahmen gefördert werden“, versichert Jürgen Möller von der Christian-Morgenstern-Schule.

42,5 Millionen Euro erhält Wuppertal via Land aus dem Konjunkturpaket II. Zu einem großen Teil sollen davon energetische Maßnahmen an Schulen finanziert werden. Verteilt wird das Geld von der Stadt. Dort hat Müller den entsprechenden Antrag auch eingereicht. Aussicht auf Erfolg hat er nach derzeitigem Stand aber nicht. Nach dem Willen der Verwaltung und der beiden Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD sollen Schulen in freier Trägerschaft leer ausgehen. Oberbürgermeister Peter Jung und Kämmerer Johannes Slawig (beide CDU) sehen das Geld ausschließlich bei städtischen Einrichtungen gut angelegt.

42,5 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II werden an die Stadt Wuppertal ausgezahlt. Allein 40 Millionen Euro sollen bis 2011 in Gebäudesanierungen und Energiesparmaßnahmen gesteckt werden – und das ausschließlich in städtischen Einrichtungen, darunter zum Beispiel das Schulzentrum Ost. Kämmerer Johannes Slawig rechnet durch die Investitionen mit Einsparungen bei den Energiekosten in Höhe von 35 Millionen Euro in 20 Jahren.

Der Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden in Wuppertal beträgt rund 180 Millionen Euro. Das Konjunkturpaket setzt im städtischen Haushalt an anderer Stelle Mittel frei. Sie sollen zu einem großen Teil dafür verwendet werden, an Gymnasien, Haupt- und Realschulen die Übermittagsbetreuung auszubauen. (luk)

„Trägerneutralität“ und Ermessenspielraum

Für Rüdiger Rehbein von der Troxler Schule ist das mehr als dreist. Er fühlt sich sowie die 140 Schüler seiner Schule einschließlich aller Eltern brüskiert. Die Stadt ignoriere völlig, dass nach dem Willen der Bundesregierung freie Träger ausdrücklich mit berücksichtigt werden müssten. Tatsächlich ist in einer Erklärung von NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) von der sogenannten Trägerneutralität die Rede: „Die Gemeinden müssen Maßstäbe für die Beteiligung der freien Träger entwickeln“, so das Ministerium. Weiter heißt es aber auch: „Bei der Verteilung der Mittel haben die Kommunen Ermessen.“

Gleichwohl ist für Eva Lingen, Juristin im Verband Deutscher Privatschulen, die rechtliche Situation unmissverständlich: „Eine offenkundige Benachteiligung der freien Träger, die eben ohne nachvollziehbare und begründete Ermessensentscheidung zustande gekommen ist, verstößt gegen das vom Innenministerium erwähnte Willkürverbot.“

An der Troxler Schule steht ein Millionen-Projekt auf der Kippe

Slawig sieht sich juristisch auf der sicheren Seite: „Das Land schließt unser Vorgehen nicht aus, wir müssen es nur begründen.“ Das kann Slawig nach eigener Darstellung sehr plausibel: „Wir wollen, dass unserer Maßnahmen langfristig den städtischen Haushalt entlasten. Das funktioniert aber nur, wenn wir in Gebäude investieren, die uns auch gehören.“

Für Rehbein ist das nicht nachzuvollziehen. Er hat gute Gründe, auf die Barrikaden zu steigen, geht es bei der Troxler Schule doch um viel Geld. Am Nommensenweg muss für 1,7 Millionen Euro das alte Haupthaus saniert werden. „Wir sind als Schule gewachsen und müssen Auflagen der Feuerwehr erfüllen“, erklärt Rehbein. Der Bauantrag ist bereits gestellt, die Ausschreibungen sind vorbereitet. Allein für Energiesparmaßnahmen sollen 520.000 Euro ausgegeben werden. Diese Summe hofft die Troxler Schule über das Konjunkturpaket finanzieren zu können. Klappt das nicht, so steht nach Einschätzung Rehbeins das gesamte Projekt auf der Kippe.

Jürgen Möller will die 41.000 Euro auf keinen Fall kampflos aufgeben. „Wenn das nicht klargeht, dann werden wir klagen.“ Möglicherweise bleibt die Christina-Morgenstern-Schule nicht die einzige Klägerin. In einem internen Vermerk des Erzbistums Köln, das zahlreiche konfessionelle Schulen in NRW unterhält, heißt es fast schon drohend: „Die Ersatzschulträger müssen darauf hinwirken, dass ihre Maßnahmen von den Gemeinden in deren Gesamtkonzept aufgenommen werden.“

Theoretisch wäre es dafür noch nicht zu spät: Die Ratssitzung, in der das Konjunktur-Konzept der Verwaltung abgeseget werden soll, ist erst am kommenden Montag.

Alle Rechte vorbehalten © Westdeutsche Zeitung